

EXTRA

Arbeiterkampf

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

Der Bluff mit der ÖLKRISE

Was steckt dahinter?

Seit mehreren Wochen wird in Presse, Rundfunk und Fernsehen Trommelfeuer geschossen. „Öl-Boykott" und „Energie-Krise" heißt das Thema. Politiker von Regierung und Opposition bemühen sich mit mehr oder weniger schauspielerischem Geschick, dem Volk glaubwürdig zu machen, „daß die Lage ernst ist". Maßnahmen wie Sonntags-Fahrverbot, Geschwindigkeitsbegrenzung, Erhöhung der Kosten für Heizöl um 100 % und mehr, machen die angebliche „Öl-Krise" für jeden Einzelnen spürbar. Und noch Schlimmeres wird schon angekündigt: eine allgemeine Wirtschaftskrise, Entlassungen, Arbeitslosigkeit. Der „Spiegel" sprach bereits vom „Ende der Überflußgesellschaft.

Wer angeblich an all dem schuld sein soll, ist klar: „die Ölscheichs", die Araber, die uns „den Ölhahn zudrehen".

Ist das die Wahrheit?

Wie die „Bild" und die „Morgenpost" am 22. bzw. 23. Nov. meldeten, hat der Hamburger Senat die Meinung geäussert, die „Öl-Krise" sei „künstlich angeheizt" worden. **„In Wirklichkeit kann die Rohöl-Lage nicht als besorgniserregend bezeichnet werden"**, sagte Hamburgs Innensenator Klose („Bild", 22. Nov.). Und Horst-Ludwig Riemer von der FDP sagte: **„Die Bundesrepublik hat mehr (!!!) Öl als in normalen Zeiten.** Die Schwierigkeiten haben Handel und Verbraucher selbst verursacht. Sie hamstern und horten". („Bild", 24. Nov.)

Das Märchen vom „Öl-Boykott"

Wenn man dem blutrünstigen Geschrei der Springer-Presse glaubt, dann werden wir „von den Arabern erpreßt" und die „Öl-Krise" ist das Ergebnis dieser „Erpressung".

Tatsache ist, daß die arabischen Staaten von den großen US-amerikanischen und britischen Öl-Konzernen pro Liter Rohöl nur etwa 2 Pfennig erhalten. Gehässige Presse-Berichte (z. B. die „Bild"-Serie über „Die Erpresser, die aus der Wüste kommen") sollen darüber hinwegtäuschen, daß in erster Linie nicht die „Ölscheichs", sondern die großen Öl-Konzerne den dicken Reibach mit dem Öl machen.

Die arabischen Erdöl-Länder sind natürlich daran interessiert, die einzige Ware, die sie anzubieten haben – das Öl – möglichst günstig zu verkaufen. Das ist selbstverständlich keine Erpressung – schließlich verschenkt die Bundesrepublik ja ihre Export-Artikel (Autos, Maschinen etc.) auch nicht für ein Ei und ein Butterbrot.

Was würde wohl in der westdeutschen Presse, im Fernsehen, im Bundestag für ein Geschrei sein, wenn andere Länder es wagen würden, der Bundesrepublik vorzuschreiben, wie billig sie ihre Volkswagen oder z. B. auch ihre Kohle ins Ausland verkaufen muß! Es wird ganz so getan, als wären die Araber verpflichtet, Öl an die westlichen Staaten zu liefern, in jeder geforderten Menge und zu niedrigsten Preisen! Aus dieser Haltung spricht typisch der nationalistische Größenwahn, als ob die Rohstoff-Vorkommen der ganzen Welt nur dazu da wären, um den imperialistischen Staaten unbegrenzt zur Verfügung zu stehen.

Die „Frankfurter Rundschau" vom 12.11.73 gibt zu, daß sich der vom Verbraucher zu zahlende Benzin-Preis folgendermaßen verteilt: 37 % für die Öl-Konzerne – unter 1 % für die Erdöl-Länder! Und die übrigen 62 % kassiert der Staat auf dem Weg der Mineralölsteuer!! Daß die Erdöl-Länder eine solche Verteilung für extrem ungerecht halten, wird man ihnen kaum übelnehmen können.

Ein mögliches Mittel der arabischen Staaten im Kampf um den Erdöl-Preis könnte eine Drosselung der Lieferungen sein. Der israelisch-arabische Konflikt hat mit einem solchen „Boykott" eigentlich sehr wenig zu tun, sondern bildet nur einen äußeren Anlaß.

Die Bundesrepublik bezieht knapp 75 % ihres Öl-Bedarfs aus arabischen Ländern. Nur zu diesem Teil könnten wir also überhaupt von einem arabischen „Öl-Boykott" getroffen werden. Angekündigt hatten die arabischen Erdöl-Staaten eine Kürzung der Lieferungen für November um 3 %. Jedoch wird noch Ende November berichtet, daß die Lager voll sind und bisher kein Tanker weniger eingetroffen ist (z. B. „Bild", 22. Nov.).

Und für Dezember soll es, wie die „Frankfurter Rundschau" am 29. Nov. meldete, überhaupt keinen arabischen „Öl-Boykott" gegen Westeuropa (mit Ausnahme der Niederlande) geben.

Die Bundesregierung aber erweckt den Eindruck, als würden wir demnächst vielleicht ganz auf dem Trocknen sitzen. Und der Autofahrer z. B., dem ausgerechnet am Sonntag die Benutzung seines Wagens verboten wird, muß ja wohl glauben, daß die Lage tatsächlich sehr ernst ist. Ebenso der Mieter, der mehr als das Doppelte für Heizöl bzw. für Heizungskosten bezahlen muß. Für den „kleinen Mann", die Arbeiter und Angestellten, ist die „Öl-Krise" tatsächlich spürbar, aber diese Krise ist von den Öl-Konzernen und vom Staat produziert worden.

„Öl-Krise" – ein Bombengeschäft!

Von der Quelle bis zur Zapfsäule wird das Erdöl von nicht einmal einem Dutzend riesiger Konzerne kontrolliert – wie ESSO, Texaco, Mobil Oil u. a. aus den USA und Shell und BP aus England. Diese teilen untereinander die Fördergebiete und den Absatzmarkt auf und handeln die Preise aus. In keinem anderen Wirtschaftszweig sind die Gewinne so hoch wie im Erdöl-Geschäft.

Wie erwähnt, bezahlen die Öl-Konzerne an die arabischen Erdöl-Länder nur etwa 2 Pfennig pro Liter Rohöl. Selbst wenn diese Preise erhöht werden, macht das doch nur eine verhältnismäßig geringe Summe aus, meist weniger als einen Pfennig mehr pro Liter. Damit ist nicht zu rechtfertigen, daß sich die Preise für Heizöl z. B. schon bisher mehr als verdoppelten. Der Profit durch die „Öl-Krise" bleibt beim Öl-Konzern. Und beim Staat!

Die Septembernummer der Zeitschrift des ADAC, „Motorwelt", erwähnt, daß in den letzten Jahren der Benzin-Preis der Öl-Konzerne sogar g e s u n k e n ist, aber dies durch E r h ö h u n g e n der Mineralöl-Steuer immer wieder wettgemacht wurde. Von diesen schlichten Tatsachen soll das Märchen ablenken, daß es angeblich die Araber sind, „die die Preise hochtreiben".

Im Schatten der „Öl-Krise" sahnen die Öl-Konzerne kräftig ab. Ihre Devise heißt: „Mehr Geld für weniger Ware". Je knapper das Öl wird – indem man es künstlich zurückhält – umso mehr ist damit zu verdienen. Wie wenig in Wahrheit die arabischen Länder mit dieser „Krise" zu tun haben, beweist das Beispiel der USA: Obwohl die USA sich zu 75 % mit e i g e n e m Erdöl versorgen, gibt es sogar dort schon seit mehreren Monaten Geschrei über eine angebliche „Öl-Krise", gibt es Benzin-Verknappung, enorme Preissteigerungen usw. In Wahrheit ist diese „Energie-Krise" das Ergebnis einer bestimmten Markt-Politik der Öl-Konzerne. Durch eine künstliche Verknappung des Öls (indem die Konzerne weniger Rohöl kaufen und weniger verarbeiten), werden die Preise hochgejagt.

Immer wieder sind in den Zeitungen versteckte Hinweise zu finden, daß auch in der Bundesrepublik die Öl-Lager noch gut gefüllt sind, daß teilweise Tanker auf ihrem Weg zum Hamburger Hafen auf hoher See von den Öl-Konzernen gestoppt werden, um die Preise noch weiter steigen zu lassen. Die Bundesregierung unterstützt diese Preistreiberei gezielt, indem sie durch Sonntags-Fahrverbot und wilde Reden eine echte Notlage vortäuscht und damit Hamsterkäufe und Angst fördert, und indem sie andererseits den Öl-Konzernen bei der „Preisgestaltung" absolut freie Hand läßt. Kanzler Brandt aber setzte wieder einmal seine scheinheiligste Miene auf und sagte in seiner Fernsehrede am Sonnabend, 24. November: „Der Wirtschaftsminister wird darauf achten, daß es möglichst nicht zu Berei-

HAMBURGER Morgenpost

Nr. 280/W. 48 • Freitag, 30. Nov. 1973 • 30 Pf • C1986A

Heute können Sie gewinnen
Mit Jürgen Roland auf Gangsterjagd / S.36

Interview mit Neckermann
Sportler-Steaks werden kleiner / S.19

Oelkrise stoppt Wirtschaftswunder

Jetzt kommen die mageren Jahre

Schnee und Kälte

Oel-Firmen drosseln Produktion

Hamburg Die großen Mineralöl-Konzerne haben die Produktion in den Raffinerien um zehn bis 15 Prozent gedrosselt. Als Grund nannten Firmensprecher gestern in Hamburg die verringerte Rohölzufuhr aus den Niederlanden. Auch die chemische Industrie ist betroffen. Die zum Teil in Bundesbesitz befindliche VEBA AG muß ihre Produktion um 20 Prozent einschränken, weil die Rohstoffe fehlen. Die Vorräte an Öl bezeichneten die Mineralölfirmen übereinstimmend als „gut". (Mehr Seite 2)

Die angebliche „Ölkrise" soll dazu dienen, die Bevölkerung auf „magere Jahre" vorzubereiten.

Demonstration verboten

Am Sonnabend, den 1. Dezember, sollte in Köln eine von verschiedenen Organisationen unterstützte Demonstration für die politischen Gefangenen im Iran und gegen das Schah-Regime stattfinden.
Diese Demonstration wurde jedoch v e r b o t e n ! Die Demonstranten, die trotzdem gekommen waren, wurden von der Polizei auseinandergeprügelt.

Dies Demonstrationsverbot zeigt zweierlei:

- Seit diesem Frühjahr besteht in Nordrhein-Westfalen ein Demonstrationsverbot gegen die Gruppen „KPD" und „KPD/ML". Dies Verbot wurde begründet mit der vorübergehenden „Besetzung" des Bonner Rathauses während einer Demonstration, für die sich die sogenannte „KPD" verantwortlich erklärt hatte.

Bereits am 1. Mai und kurz danach anläßlich des Breschnew-Besuchs wurde in Nordrhein-Westfalen dies Demonstrationsverbot praktiziert. Bei beiden Gelegenheiten wurden Demonstrationen von der Polizei gewaltsam aufgelöst.

Das neue Demonstrationsverbot in Köln zeigt, wie dies Verbot in allgemeinster Weise auch gegen ganz andere Organisationen als nur die „KPD" und die „KPD/ML" angewandt wird, daß nämlich offenbar unter Hinweis auf die angebliche „Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung" j e d e linke Demonstration in Nordrhein-Westfalen verboten sein soll. Dabei ist Nordrhein-Westfalen natürlich nur sozusagen der „Vorreiter" für eine entsprechende Verbots-Praxis im g a n z e n Bundesgebiet.

- Das Kölner Demonstrationsverbot zeigt die offene Anwendung der politischen Zensur. Der Staat entscheidet darüber, welche Demonstrationen „zulässig" sind. Damit wird faktisch das Demonstrationsrecht ausgehöhlt. Hierzu zitieren wir folgende Passage aus der Verbotsbegründung des Kölner Polizeipräsidenten:

„Neben der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung durch die beabsichtigte Versammlung ist in Anbetracht der angekündigten Parolen (!) auch noch eine Belastung der außenpolitischen Beziehungen der BRD zum Iran zu befürchten. Dies umso mehr, als der Aufruf zur Versammlung vom 1.12. 73 in Flugblättern auch von der „Föderation Iranischer Studenten in Westdeutschland und Westberlin" mit verantwortet wird. Die politische Betätigung (!) einer iranischen Studentenvereinigung ist geeignet, die Beziehungen zwischen dem Iran und der BRD zu belasten."

Es ist offenbar, daß künftig auch Demonstrationen gegen den griechischen Faschismus, gegen das chilenische Putsch-Regime etc. als „Belastung der außenpolitischen Beziehungen der BRD" verboten werden könnten. Dies Demonstrationsverbot ist außerdem ein weiterer Schritt zum Verbot aller Ausländer-Organisationen, soweit sich diese politisch in einem der Bundesregierung nicht genehmen Sinn betätigen. Das Demonstrationsverbot von Köln ist außerdem ein Ansatz, a l l e Demonstrationen der politischen Zensur des Staates zu unterstellen, der bestimmt, wofür noch demonstriert werden darf und wofür nicht.

Zur Unterstützung der iranischen Opposition gegen das Schah-Regime drucken wir UMSEITIG den Aufruf zu der dann verbotenen Kölner Demonstration nach.

cherungen aufgrund der Krise kommt". – Wozu sonst ist denn die „Krise" und die amtliche Panik-Mache da, wenn nicht zur Bereicherung der Konzerne? Und der Staat zehrt über über die Mineralöl-Steuer und die Mehrwertsteuer eifrig mit!

„Die Energiekrise kann auch zu einer Chance werden"

In seiner Fernsehrede vom 24. Nov. sagte Willy Brandt: „Die Energiekrise kann auch zu einer Chance werden". Für wen?

In den 60er Jahren haben die Bundesregierung und die Kapitalisten zahlreiche Kohlezechen stillegen lassen, weil sie angeblich „nicht mehr rentabel" waren. Zehntausende Bergleute wurden auf die Straße gesetzt und mußten sich neue Arbeit suchen. Der Staat zahlte den Kohle-Konzernen noch hohe Prämien für die Stillegung von Zechen.

Jetzt „auf einmal" ist die Kohle wieder groß im Geschäft. Die Kohleförderung soll wieder angekurbelt werden. Kohle soll stärker zur Energieproduktion herangezogen werden, aus Kohle soll Benzin hergestellt werden.

Waren die Bundesregierung und die Konzerne in den 60er Jahren zu „kurzsichtig", um die heutigen „Energieprobleme" und damit die langfristigen „Chancen" der Kohle vorauszusehen? Nein, durchaus nicht. Vielmehr



Er lauscht der Stimme seines Herrn – die Konzerne und Monopole

war es in den 60er Jahren einfach sehr lohnend für die Kohle-Konzerne, so zu tun, als sei Kohle „nicht mehr rentabel", hätte „keine Zukunft" usw. So wurde damals künstlich eine „Kohle-Krise" aufgebaut und die Kohle-Konzerne wurden mit Steuergeldern „saniert". Jetzt soll das Spiel umgekehrt wiederholt werden: Kohle hat plötzlich wieder „Chancen", und die Kohle-Konzerne kassieren zum zweitenmal ab. Staatliche Zuschüsse für die Produktion von Benzin aus Kohle, steuerliche Begünstigungen für die Kohle-Konzerne, vielleicht Prämien für die Wiedereröffnung von geschlossenen Zechen usw.

Ende der „Wohlstands-Gesellschaft"?

„Wird die Öl-Krise zur Wirtschafts-Krise?" – „Brandt in Sorge um die Arbeitsplätze" („Bild", 24. Nov.) – „Öl-Krise spitzt sich zu" – „Gastarbeiter-Stop" – „Preis-Explosionen" – „Kurzarbeit bei Opel" („Morgenpost", 24. Nov.).

In dieser Richtung bereiten Presse, Funk, Fernsehen und die Politiker das Volk auf „kommende härtere Zeiten" vor. Nachdem mit der „Öl-Krise" Panikmache betrieben wurde, wird jetzt eine a l l g e m e i n e größere Krise angekündigt. Schuld daran ist angeblich die „arabische Erpressung": **„Früher haben die arabischen Wüstenräuber (!!) Karawanen ausgeplündert. Heute erpressen sie die Industrieländer"** („Bild", 22. Nov.). **„Der erpresserische Öl-Boykott der Scheichs verschärft die Dinge zur echten Krise. Über unsere Wirtschaft und unseren Wohlstand legt sich ein Eiseshauch."** („Bild", 24. Nov.). **„Öl-Krise stoppt Wirtschaftswunder – Jetzt kommen die mageren Jahre."** So wie bei Hitlers Nazis „die Juden" angeblich an allem schuld waren, sollen heute „die Araber" schuld sein, wenn es mit der „Wohlstandsgesellschaft" bergab geht. Und so wie bei den Nazis findet auch heute wieder die nationalistische Stimmungsmache immer noch erschreckend viele Anhänger.

In Wahrheit wird versucht, eine sich seit langem abzeichnende allgemeine Wirtschaftskrise als Folge der „Öl-Krise" darzustellen, „die Araber" als die eigentlichen Schuldigen dieser Krise erscheinen zu lassen, und dem arbeitenden Volk mit Hinweis auf die „arabische Erpressung" und die drohende Krise Opfer und Verzicht, „viel Schweiß, viel Sparsamkeit und Solidarität" (Helmut Schmidt am 24. Nov.) abzuverlangen. „Damit das Ganze nicht leidet, muß der einzelne sich in seiner privaten Bequemlichkeit etwas einschränken. Größere Opfer werden nicht verlangt, jedenfalls jetzt nicht im Augenblick (!). Wir bereiten uns auch vor, für den Fall, daß der Wind härter wehen sollte." (Willy Brandt am 24. Nov. im Fernsehen).

Schon in diesem Jahr machte sich deutlich bemerkbar, daß die Lohnerhöhungen mit den steigenden Preisen nicht mehr mit kamen. Das war der Anlaß für zahlreiche „wilde", d. h. nicht von der Gewerkschaft organisierte Streiks in vielen Betrieben der Metall-Industrie. Die verhältnismäßig niedrigen Lohn-Abschlüsse der Gewerkschaften wurden damit gerechtfertigt, daß es „aus Stabilitätsgründen" nicht mehr Geld geben dürfte, und daß die Arbeiter und Angestellten „im Interesse des großen Ganzen" zurückstecken müßten. Sonst sei „die Sicherheit der Arbeitsplätze gefährdet".

Jetzt ist t r o t z d e m wieder von Entlassungen die Rede. „Mancher wird seinen Arbeitsplatz verlieren", drohte Brandt am 29. Nov. im Bundestag. Und die Preissteigerungen werden sicher nicht abnehmen. Das arbeitende Volk soll dazu gebracht werden, all das zu schlucken im Namen der



Eine Hand wäscht die andere – Kanzler Brandt und Sohl vom Kapitalistenverband BDI

„Solidarität" (mit den Kapitlaisten!) gegen eine angebliche „ausländische Erpressung".

Vor Arbeitern des Chemie-Betriebes bei BASF machte Brandt kürzlich sein Programm klar: „Die Krise werde der gesamten Preisentwicklung in nächster Zeit prägend ihren Stempel aufdrücken", die „Öl-Krise" werde sich „nachhaltig auf das Leben jedes einzelnen auswirken", aber bei den kommenden Tarifverhandlungen sollten die Arbeiter „Disziplin" zeigen, d. h. kürzer treten (nach „Frankfurter Rundschau", 4. Dez.).

Schon in diesem Jahr wurden von Politikern, von Presse, Funk und Fernsehen die „wilden" Streiks als eine angeblich „ungesetzliche" Maßnahme bezeichnet. In zahlreichen Fällen griff die Polizei ein, um „wilde" Streiks gewaltsam zu beenden – so bei Deere in Mannheim, bei den Hella-Werken in Lippstadt und Paderborn, bei Pierburg in Neuß und bei den Ford-Werken. Im nächsten Jahr werden die Hetze gegen „wilde" Streiks und die Maßnahmen der Polizei wohl noch verschärft werden – alles mit Hinweis auf die Krise, die „arabische Erpressung" und das „große Ganze".

Die Krise darf nicht auf die Arbeiter abgewälzt werden!

Nach 1966/67 wird es im kommenden Jahr offenbar erneut eine heftige Wirtschaftskrise geben. Während solcher Krisen, die im Kapitalismus gesetzmäßig wiederkehren, betreibt die Kapitalistenklasse rücksichtslos die Zentralisierung und Ausweitung ihrer politischen und ökonomischen Macht auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung.

So hatten die Arbeiter 1966/67 Lohnabbau, Kurzarbeit und eine erhöhte Arbeitslosigkeit hinnehmen müssen. Auf der anderen Seite brachte diese Krise den Monopolkapitalisten einen gewaltigen Machtzuwachs: Konzentration des Kapitals (zahlreiche kleine oder mittlere Unternehmen machten Pleite oder wurden von den „Großen" geschluckt), Expansion in andere Länder (Kapitalexport) und eine Gewinn-Explosion in den folgenden Jahren. Parallel dazu wurden im Bundestag die Notstandsgesetze verabschiedet, die den Kapitalisten gesetzlich den Weg freimachen für eine Willkürherrschaft gegen die Arbeiterklasse. Es sollte auch nicht vergessen werden, daß damals die offen faschistischen Handlanger der Bourgeoisie (NPD) bei einigen Landtagswahlen über 10 % erreichten.

Wenn jetzt die Bundesregierung im Verein mit den Reaktionären und der Unternehmerpresse „eine große Kraftanstrengung, vergleichbar mit der nach dem Krieg" ankündigt, dann wird hier das Signal zu ganz massiven Angriffen gegen die Arbeiter und Angestellten gegeben. Es wird eine „Krisenpolitik" gefordert, die in letzter Konsequenz Massenverelendung und Entrechtung des Volkes bedeutet. Das soll die Arbeiterklasse in Kauf nehmen, damit die ehrgeizigen Machtpläne der westdeutschen Imperialisten auf europäischer und internationaler Ebene verwirklicht werden.

Inwieweit diese Rechnung jedoch aufgeht, ist vom Kräfteverhältnis abhängig, wird entscheidend davon abhängen, ob es der Arbeiterklasse gelingt, in den kommenden Auseinandersetzungen eine einheitliche Kampffront gegen die Unterdrückung und Diskriminierung ihrer berechtigten Forderungen und Interessen herzustellen.

GEGEN DIE ANGRIFFE DER KAPITALISTENKLASSE
DIE EINHEITLICHE KAMPFFRONT DER ARBEITERKLASSE

AUFRUF

ZUR ZENTRALEN DEMONSTRATION AM 1.12.73 IN KÖLN

In den letzten Wochen ging die Meldung über den Abschluß von Verträgen zwischen dem Iran und der Bundesrepublik durch die Presse. Wirtschaftsminister Friederichs reiste extra zur Unterzeichnung im September nach Teheran. Der wichtigste dieser Verträge ist der Erdölvertrag, der erstmals dem BRD-Imperialismus einen direkten Zugang zu ausländischen Erdölquellen verschafft. Weiter wurde der Bau einer Raffinerie im Iran mit westdeutschem Kapital und die Lieferung von Erdgas vereinbart. Das Öl aus dem Iran, für das schon jetzt ein auf unbestimmte Zeit festgelegter Preis vereinbart wurde, soll die Versorgung des größten Teils des westdeutschen Marktes decken. Die gesamte bürgerliche Presse jubelte über diese Verträge als „ein Erfolg für die Industrie" und freute sich über die „gute Zusammenarbeit in allen Fragen" mit dem reaktionären Schah-Regime.

Wie sieht diese gute Zusammenarbeit aus? Mit diesem Geschäft, aus dem die Ölgesellschaften enorme Profite ziehen, ist zugleich verbunden, daß die Bundesregierung noch entschiedener das verbrecherische Schah-Regime unterstützt. Der BRD-Imperialismus tritt damit verstärkt in Konkurrenz zum US-Imperialismus und zur Sowjetunion, die in diesem Gebiet, wie überall in der Welt, mit ihrer reaktionären und völkerfeindlichen Politik auf die Erweiterung ihres politischen, wirtschaftlichen und militärischen Einflusses abzielen.

Allein in diesem Jahr lieferte die Bundesrepublik Waffen im Werte von 40 Mill. DM an das Schah-Regime, die diese zur Unterdrückung des iranischen Volkes und in zunehmendem Maße auch gegen die Völker am Golf, die für Freiheit und Unabhängigkeit kämpfen, einsetzt. Das Schah-Regime wird aufgerüstet zum Wachhund für die Interessen der großen Erdölmonopole am Golf. Schon jetzt operieren iranische Armee- und Luftwaffeneinheiten in Oman am Golf, also außerhalb der iranischen Grenzen, gegen die Befreiungsbewegung PFLOAG. Offen hat der Schah erklärt, daß er militärisch eingreift, wenn „die Interessen der Bündnispartner (gemeint ist vor allem der US-Imperialismus) des Irans durch die radikalen Elemente wie PFLOAG in Gefahr geraten". Diese Handlangerrolle des Schah-Regimes wird von der Bundesregierung unterstützt. Die Bundesregierung stellt damit erneut unter Beweis, daß sie die verstärkten Interessen des westdeutschen Monopols an der Aufrechterhaltung des Unterdrückerregimes, das die Ausplünderung der Reichtümer Irans durch die ausländischen Monopole garantiert, wahrnimmt.

Als Gegengabe für die profitablen Geschafte der westdeutschen Kapitalisten mit dem Schah-Regime erklärte Bundeskanzler Brandt schon im März 1972: „Wir werden in Kürze dafür sorgen, daß nicht der Eindruck entsteht, als identifiziere sich die Bundesregierung mit Äußerungen im Ausland lebender iranischer Oppositioneller." Inzwischen versucht die Polizei in Zusammenarbeit mit dem iranischen Geheimdienst SAVAK, die in der BRD einen ausgebauten Spitzel- und Verfolgungsapparat unterhält, aktive Mitglieder der iranischen Studentenorganisation CISNU ausfindig zu machen, um sie auszuweisen. In den letzten vier Monaten sind vier solcher Fälle bekannt geworden. Zugleich sind die iranischen Studenten fortwährend Pressionen des Geheimdienstes SAVAK ausgesetzt, Wohnungen wurden aufgebrochen, Iraner bedroht. Die westdeutsche Polizei unterstützt diese Verfolgungsmaßnahmen. Als Grundlage für diese Verfolgung fortschrittlicher ausländischer Arbeiter und Studenten in der Bundesrepublik dient das reaktionäre Ausländergesetz. Mit diesen Gesetzen schuf sich die Bourgeoisie die rechtlichen Grundlagen, mit denen sie schon im September 1972 in Nacht- und Nebelaktionen die arabischen und palästinensischen Arbeiter und Studenten an ihre faschistischen Regimes auslieferte und ihre demokratischen Organisationen GUPA und GUPS verboten hat. Der Föderation iranischer Studenten in der BRD und Westberlin droht das gleiche Verbot.

Das Volk im Iran kämpft seit über 20 Jahren gegen das Schah-Regime, das 1953 durch einen Putsch des US-Geheimdienstes CIA wieder an die Macht gebracht wurde. Seit 20 Jahren lebt das Volk im Iran unter dem Terror dieses Regimes, das die vorher erkämpften demokratischen Rechte beseitigte und die elementarsten Menschenrechte außer Kraft gesetzt hat. Mit Hilfe der militärischen Gewalt und dem perfekt ausgebauten Geheimdienst (SAVAK) wird jegliche demokratische Bewegung im Volk brutal unterdrückt. Trotz dieser Bedingungen, trotz Folter und Mord, hat das Volk im Iran in diesen 20 Jahren sich immer wieder für seine demokratischen Rechte erhoben, verstärkt sich der Kampf der unterdrückten Massen gegen das Schah-Regime.

Jetzt hat das Regime im Iran wieder zwölf Patrioten, Schriftsteller, Filmproduzenten und Journalisten verhaftet. Ihnen wird vorgeworfen, die Entführung des Schahs und seiner Familie geplant zu haben, um die Freilassung der Politischen Gefangenen zu erzwingen. Diese zwölf Personen werden, soweit sie den Folterungen durch den Geheimdienst SAVAK standhalten, vor ein Militärtribunal gestellt. Die Art und das Ausmaß der Anschuldigungen und die Propagandakampagne, die die Regimepresse im Iran entfaltete, deuten darauf hin, daß Todesurteile geplant sind – wie sie das Schah-Regime seit mehr als 20 Jahren praktiziert. Die westdeutsche Presse schweigt beharrlich über die tägliche Verfolgung und Ermordung der demokratischen Oppositionellen im Iran.

Wir fordern auf, sich zusammen mit den iranischen Patrioten dem Kampf gegen das Schah-Regime und seine Unterstützung durch die Bundesregierung anzuschließen und an der Demonstration gegen die drohenden Todesurteile teilzunehmen.





Herausgeber – Druck – Verlag J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF, 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35, verantw. Redakteur: Kai Ehlers, Auflage: 116000 Erscheinungsweise: dreiwöchentlich, Verkaufspreis: 50 Pfg., Verlagskonten: Dresdner Bank, Kto. Nr. 461 8378 J. Reents, und: Postscheckkonto Hamburg Nr. 240 596, J. Reents

KONTAKTADRESSEN

Bremerhaven:
F. Köpsell
285 Bremerhaven 1
Postlagerkarte 003160

Eutin:
H. Lankau
242 Eutin-Großmeinsdorf

Flensburg:
Peter Petersen
239 Flensburg
Postlagerkarte A 022583

Frankfurt:
K. Scholz
623 Frankfurt 80
Postfach 800747
Tel.: 0611/306171
Mo.18.00–21.00Uhr
Do. 18.00–21.00 Uhr

Hamburg:
Postadresse:
J.Reents
2 Hamburg 13
Rutschbahn 35

Kiel:
W.D. Scheel
23 Kiel 1
Postlagerkarte O98 831 A

Kontaktadressen weiterer Vertriebsgruppen des ARBEITERKAMPF:

Göttingen:
KAG im Buchladen „Rote Straße"
34 Göttingen
Rote Straße 10
Di. 17.00 – 19.00 Uhr

Lübeck:
W. Blankschein
24 Lübeck
Postlagerkarte 082 332 A

Westberlin:
Florian Geyer
über Sozialistisches Zentrum
1 Berlin 21
Stephanstr. 60

Weitere Vertriebsgruppen:

